

Abkommen

**zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten
im Hochschulbereich
vom 20. Juni 1994**

* * * * *

Accord

entre le Gouvernement de la Confédération suisse
et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
sur la reconnaissance réciproque des équivalences
dans l'enseignement supérieur
du 20 juin 1994

Der offizielle Abkommenstext ist in der systematischen Sammlung des Bundesrechts unter der Nummer 0.414.991.361 publiziert. Der in dieser Broschüre veröffentlichte Text wurde um die Erklärungen der Ständigen Expertenkommission zu Artikel 5 vom 2. April 2004 sowie zu den Artikeln 3 und 4 vom 17. Juni 2009 ergänzt.

Le texte officiel de l'accord est publié dans le recueil systématique du droit fédéral sous le chiffre 0.414.991.361. Le texte publié dans cette brochure a été complété par les déclarations de la commission permanente d'experts concernant l'article 5 du 2 avril 2004 et les articles 3 et 4 du 17 juin 2009.

Herausgegeben von der CRUS im Auftrag der gemeinsamen Expertenkommission /
Edité par la CRUS sur ordre de la commission permanente d'experts

CRUS.ch
Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten
Conférence des recteurs des universités suisses

Bern, 2010

**Abkommen
zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten
im Hochschulbereich**

(inkl. der Änderungen durch das erste¹ und zweite² Änderungsabkommen)

Unterzeichnet am 20. Juni 1994

In Kraft getreten durch Notenaustausch am 1. Juli 1995

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und
die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten,
in der Absicht, den Austausch auf dem Gebiet der Wissenschaften und die Zusammen-
arbeit im Hochschulbereich zu fördern,
in dem Wunsch, den Studierenden beider Länder die Aufnahme oder die Fortführung
des Studiums im jeweils anderen Land zu erleichtern,
im Bewusstsein der in beiden Ländern im Bereich des Hochschulwesens und der
Hochschulausbildung bestehenden Gemeinsamkeiten,
zur Anerkennung von Studienzeiten und Studienleistungen zum Zweck des Weiter-
studiums im Hochschulbereich und über die Führung akademischer und sonstiger
Hochschulgrade,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1³

(1) Hochschulen im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Bundesrepublik Deutschland staatliche Bildungseinrichtungen, die nach den Rechtsvorschriften der Länder Hochschulen sind, und nichtstaatliche Bildungseinrichtungen, die nach den Rechtsvorschriften der Länder mit Wirkung für alle Länder als Hochschulen staatlich anerkannt sind;
2. in der Schweizerischen Eidgenossenschaft staatliche Bildungseinrichtungen, die nach den Rechtsvorschriften des Bundes oder der Kantone Hochschulen sind, und nichtstaatliche Bildungseinrichtungen, die nach den Rechtsvorschriften des Bundes oder der Kantone mit Wirkung für die gesamte Schweizerische Eidgenossenschaft als Hochschulen staatlich anerkannt sind.

¹ Erstes Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich vom 20. Juni 1994; unterzeichnet am 16. April 2002, in Kraft getreten am 25. März 2004.

² Zweites Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich vom 20. Juni 1994; unterzeichnet am 19. März 2003, in Kraft getreten am 14. Januar 2005.

³ Vollständige Neufassung des Artikels durch das Zweite Änderungsabkommen.

(2) Die Ständige Expertenkommission gemäss Artikel 7 sorgt für die laufende Dokumentation und Veröffentlichung von Listen der Hochschulen gemäß Absatz 1, auf deutscher Seite durch die Hochschulrektorenkonferenz, auf schweizerischer Seite durch die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten. Die Listen sind nicht Teil des Abkommens.

Artikel 2

In diesem Abkommen bedeutet:

1. der Ausdruck "akademischer Grad" jeden Diplomgrad oder sonstigen Hochschulgrad, der von einer Hochschule verliehen wird;
2. die Bezeichnung "Prüfung" beziehungsweise "Staatsprüfung" sowohl Abschlussprüfungen eines Studiums als auch Zwischenprüfungen oder andere Formen von Teilprüfungen innerhalb eines Studiums an einer Hochschule.

Artikel 3⁴

(1) Auf Antrag werden einschlägige Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 gegenseitig angerechnet oder anerkannt. Sofern ein Grundstudium von mindestens vier Semestern erfolgreich abgeschlossen worden ist, findet in diesen Fällen eine inhaltliche Überprüfung der Voraussetzungen der Qualifikation für das Hochschulstudium nicht statt.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, die in Studiengängen an Hochschulen mit Promotionsrecht absolviert oder erbracht worden sind, werden für ein einschlägiges Studium an Hochschulen des jeweiligen anderen Landes, dessen Abschluss unmittelbar die Zulassung zum Promotionsverfahren ermöglicht, auf Antrag angerechnet oder anerkannt.

(3) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, die in Studiengängen an Hochschulen ohne Promotionsrecht absolviert oder erbracht worden sind, werden für die Fortsetzung des Studiums an einer entsprechenden Hochschule im jeweils anderen Land auf Antrag angerechnet oder anerkannt.

(4) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, die in Studiengängen an Hochschulen ohne Promotionsrecht absolviert oder erbracht worden sind, werden an Hochschulen mit Promotionsrecht im jeweils anderen Land auf Grund einer Anrechnungs- beziehungsweise Anerkennungsentscheidung einer entsprechenden Hochschule mit Promotionsrecht des Herkunftslandes auf Antrag angerechnet oder anerkannt.

(5) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, die in Studiengängen an Hochschulen mit Promotionsrecht absolviert oder erbracht worden sind, werden an Hoch-

⁴ Vollständige Neufassung des Artikels durch das erste Änderungsabkommen mit nachträglichen Änderungen durch das zweite Änderungsabkommen.

Erklärung der Ständigen Expertenkommission gemäss Art. 7 vom 17. Juni 2009:

In Ergänzung zu Artikel 3, der für herkömmliche Studiengänge weiter gilt, werden Studienzeiten, Studienleistungen und Teilprüfungen, die in Bachelor- und Master-Hochschulstudiengängen absolviert oder erbracht worden sind, für ein einschlägiges Studium an einer Hochschule des jeweils anderen Staates auf Antrag anerkannt oder angerechnet.

schulen ohne Promotionsrecht im jeweils anderen Land auf Grund einer Anrechnungs- beziehungsweise Anerkennungsentscheidung einer entsprechenden Hochschule ohne Promotionsrecht des Herkunftslandes auf Antrag angerechnet oder anerkannt.

(6) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, die in Studiengängen an Kunst- und Musikhochschulen absolviert oder erbracht worden sind, werden für einschlägige weitere Studien an den entsprechenden Hochschulen im jeweils anderen Land vorbehaltlich einer von der aufnehmenden Hochschule geforderten künstlerischen Eignungsprüfung auf Antrag angerechnet oder anerkannt.

(7) Ob ein einschlägiges Studium im Sinne der Absätze 1 bis 6 vorliegt, wird von jener Hochschule beurteilt, an der das Studium fortgesetzt werden soll.

(8) Bei der Zulassung zu Staatsprüfungen gelten die in diesem Abkommen vorgesehenen Anrechnungen und Anerkennungen nach Maßgabe des innerstaatlichen Prüfungsrechts.

(9) Hinsichtlich der Anwendung der Regelungen in den Absätzen 4 und 5 kann die Ständige Expertenkommission einvernehmlich Näheres bestimmen.

Artikel 4⁵

Akademische Grade und Zeugnisse über Staatsprüfungen werden auf Antrag des Inhabers im Hinblick auf ein weiterführendes Studium oder ein weiteres Studium sowie im Hinblick auf die Zulassung zum Promotionsverfahren an den Hochschulen der jeweils anderen Vertragspartei für diesen Studiengang ohne Zusatz- oder Ergänzungsprüfungen anerkannt, wenn und soweit der Inhaber dieser akademischen Grade beziehungsweise des Zeugnisses über die Staatsprüfung im Staat der Verleihung zum weiterführenden Studium oder zu dem weiteren Studium oder zur Promotion ohne Zusatz- oder Ergänzungsprüfungen berechtigt ist. Spezielle Bedingungen und Anforderungen, die für Studierende oder Absolventen der anderen Vertragspartei gelten, bleiben von diesem Abkommen unberührt.

Artikel 5⁶

Der Inhaber eines akademischen Grades ist berechtigt, diesen in der Form zu führen, wie er im Staat der Verleihung auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen geführt werden darf.

⁵ Erklärung der Ständigen Expertenkommission gemäss Art. 7 vom 17. Juni 2009:

Die Expertenkommission geht davon aus, dass Artikel 4, Satz 1 des Abkommens uneingeschränkt auch auf die gestuften Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses anwendbar ist.

Das schliesst nicht aus, dass beim Übergang von einer Stufe/Ebene in die nächste Zugangsvoraussetzungen im anderen Staat vorgesehen sind, soweit sie ausschliesslich fachlicher Art sind und für jegliche Bewerberinnen und Bewerber in gleicher Weise gelten. Dies gilt auch bei der Eröffnung der Möglichkeit der Promotion durch den Studienabschluss.

Die Zugangsvoraussetzungen sind inhaltlich zu umschreiben sowie in ECTS-Credits zu quantifizieren und gelten für alle Anwendungsfälle.

⁶ Erklärung der Ständigen Expertenkommission gemäss Art. 7 vom 2. April 2004:

Artikel 5 wird dahingehend ausgelegt, dass die Führung des akademischen Grades auch in allgemein üblicher und nach innerstaatlicher Rechtsordnung zulässiger Kurzform erlaubt ist.

Artikel 6

(1) Dieses Abkommen findet nur auf Angehörige der beiden Staaten Anwendung. Wer Angehöriger eines der beiden Staaten ist, bestimmt sich nach dem innerstaatlichen Recht dieses Staates.

(2) Regelungen über Zulassungsbeschränkungen aus Kapazitätsgründen, die für Studierende oder Absolventen der anderen Vertragspartei gelten, bleiben von diesem Abkommen unberührt.

Artikel 7

(1) Für die Beratung aller Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, wird eine Ständige Expertenkommission gebildet, die aus je bis zu sechs von den beiden Vertragsparteien zu nominierenden Mitgliedern besteht. Die Liste der Mitglieder wird der jeweils anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege übermittelt.

(2) Die Ständige Expertenkommission wird auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien zusammentreten. Der Tagungsort wird jeweils einvernehmlich festgelegt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 9

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Danach verlängert sich die Gültigkeit stillschweigend um jeweils ein weiteres Jahr, sofern es nicht von einer Vertragspartei spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 20. Juni 1994 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Dieter Chenaux-Repond
**Für die Regierung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft**

Lothar Wittmann
**Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland**

Briefwechsel vom 20. Juni 1994

Der Schweizerische Botschafter

Bonn, 20. Juni 1994

Herrn
Ministerialdirektor Dr. Lothar Wittmann
Leiter der Kulturabteilung
Auswärtiges Amt
Bonn

Herr Ministerialdirektor,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom 20. Juni 1994 zu bestätigen, der folgenden Wortlaut hat:

«Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und unter Bezugnahme auf das heute unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich folgende ergänzende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Soweit die Hochschulen der Vertragsparteien für konkrete Entscheidungen in Anrechnungs-, Anerkennungs- und Zulassungsangelegenheiten zuständig sind, wird ihre Zuständigkeit durch dieses Abkommen nicht berührt.
2. Zum Zeitpunkt der Errichtung von Fachhochschulen in der Schweizerischen Eidgenossenschaft werden sich die Vertragsparteien über die Modalitäten von deren Unterstellung unter das Abkommen gemäss Artikel 1 Absatz 2 verständigen.
3. Die Vertragsparteien werden die praktischen Auswirkungen von Artikel 3 Absätze 3 und 5 mit besonderer Aufmerksamkeit betrachten und sind bereit, alle damit zusammenhängenden Fragen in der Ständigen Expertenkommission zu erörtern.

Falls sich die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit den unter den Nummern 1 bis 3 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden dieser Brief und der das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortbrief eine ergänzende Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft tritt und Bestandteil dieses Abkommens ist.»

Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft das Einverständnis mit dem Inhalt Ihres Briefes mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Ministerialdirektor, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dieter Chenaux-Repond

(Traduction du texte original allemand)

**Accord
entre le Gouvernement de la Confédération suisse et
le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
sur la reconnaissance réciproque des équivalences
dans l'enseignement supérieur**

(inclus les modifications selon le premier⁷ et le second⁸ accord de modification)

Conclu le 20 juin 1994

Entré en vigueur par échange de notes le 1er juillet 1995

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Confédération suisse,

considérant les cordiales relations qu'entretiennent les deux pays,

considérant qu'il convient de promouvoir les échanges dans le domaine des sciences et la coopération dans celui de l'enseignement supérieur,

considérant qu'il est souhaitable de faciliter aux étudiants de chacun des deux pays la possibilité d'entreprendre ou de poursuivre des études dans l'autre,

considérant que des points communs existent dans les systèmes universitaires et l'éducation supérieure des deux pays,

sont convenus de ce qui suit en ce qui concerne la reconnaissance des temps et des résultats d'études pour la poursuite d'études supérieures ainsi que pour le port des titres universitaires ou des titres décernés par des établissements spéciaux d'enseignement supérieur:

Article 1⁹

(1) Les établissements d'enseignement supérieur visés par le présent Accord sont:

1. En République fédérale d'Allemagne, les établissements d'enseignement publics qui, aux termes de la législation des länder, ont le statut de hautes écoles, et les établissements d'enseignement non publics qui, aux termes de la législation d'un land ayant effet pour tous les länder, sont reconnus comme hautes écoles.
2. Dans la Confédération suisse, les établissements d'enseignement qui, aux termes de la législation fédérale ou cantonale, ont le statut de hautes écoles et les établissements d'enseignement non publics qui, aux termes de la

⁷ Premier accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Confédération suisse pour la modification de l'Accord sur la reconnaissance réciproque des équivalences dans l'enseignement supérieur du 20 juin 1994; conclu le 16 avril 2002, entré en vigueur le 25 mars 2004.

⁸ Second accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Confédération suisse pour la modification de l'Accord sur la reconnaissance réciproque des équivalences dans l'enseignement supérieur du 20 juin 1994; conclu le 19 mars 2003, entré en vigueur le 14 janvier 2005.

⁹ Nouvelle teneur selon le second accord de modification.

législation fédérale ou de la législation d'un canton ayant effet pour toute la Confédération, sont reconnus comme hautes écoles.

(2) La commission permanente d'experts visée à l'art. 7 pourvoit à la documentation continue et à la publication des listes des établissements visés à l'art. 1, par l'intermédiaire de la Conférence des recteurs d'université pour la partie allemande et de la Conférence des recteurs des universités suisses pour la partie suisse. Les listes ne font pas partie de l'accord.

Article 2

Aux fins d'application du présent accord:

1. l'expression de "titre universitaire" désigne tout titre correspondant à un diplôme ou tout titre de niveau supérieur décerné par un établissement de l'enseignement supérieur;
2. les termes d'"examen" et d'"examen d'Etat" désignent aussi bien des examens de fin d'études que des examens intermédiaires ou d'autres formes d'examens partiels subis en cours d'études dans un établissement d'enseignement supérieur.

Article 3¹⁰

(1) Sur demande, les temps d'études, prestations d'études et examens comparables selon les paragraphes 2 à 6 seront capitalisés ou reconnus d'un pays à l'autre. Il ne sera procédé à aucun contrôle de contenu des qualifications donnant accès à des études supérieures pour les personnes ayant achevé avec succès une formation supérieure de base d'au moins quatre semestres.

(2) Les temps d'études, prestations d'études et examens passés ou obtenus dans le cadre de filières proposées par des établissements d'enseignement supérieur habilités à délivrer des doctorats seront capitalisés ou reconnus sur demande pour des études comparables au sein d'un établissement d'enseignement supérieur de l'autre pays dans une filière débouchant directement sur l'admission au doctorat (Promotionsverfahren).

(3) Les temps d'études, prestations d'études et examens passés ou obtenus dans le cadre de filières proposées par des établissements d'enseignement supérieur non habilités à délivrer des doctorats seront capitalisés ou reconnus sur demande pour la poursuite des études au sein d'un établissement d'enseignement supérieur comparable de l'autre pays.

(4) Les temps d'études, prestations d'études et examens passés ou obtenus dans le cadre de filières proposées par des établissements d'enseignement supérieur non habilités à délivrer des doctorats seront capitalisés ou reconnus sur demande dans les établissements d'enseignement supérieur habilités à délivrer des doctorats de l'autre pays sur la base de la décision de capitalisation ou de reconnaissance d'un

¹⁰ Nouvelle teneur selon les deux accords de modification.

Déclaration de la commission permanente d'experts au sens de l'art. 7 du 17 juin 2009:

En complément à l'art. 3 de l'accord, qui reste valable pour tous les cursus d'études traditionnels, les périodes d'études, prestations d'études et examens partiels qui ont été passés ou effectués dans les cursus de bachelor et de master des hautes écoles sont, sur demande, reconnus ou imputés aux études correspondantes dans une haute école de l'autre Etat.

établissement d'enseignement supérieur comparable habilité à délivrer des doctorats du pays de provenance.

(5) Les temps d'études, prestations d'études et examens passés ou obtenus dans le cadre de filières proposées par des établissements d'enseignement supérieur habilités à délivrer des doctorats seront capitalisés ou reconnus sur demande dans les établissements d'enseignement supérieur de l'autre pays non habilités à délivrer des doctorats sur la base de la décision de capitalisation ou de reconnaissance d'un établissement d'enseignement supérieur comparable habilité à délivrer des doctorats du pays de provenance.

(6) Les temps d'études, prestations d'études et examens passés ou obtenus dans les hautes écoles d'arts appliqués et de musique seront capitalisés ou reconnus sur demande pour des études comparables offertes par une haute école correspondante de l'autre pays sous réserve d'un examen d'aptitude artistique demandé par la haute école d'accueil.

à qui a été adressée la demande de capitalisation ou de reconnaissance de temps d'études, de résultats d'études et d'examens, ou encore d'admission selon les conditions définies au paragraphe 5, jugera du caractère comparable des études antérieures.

(7) L'établissement d'enseignement supérieur dans lequel la personne entend poursuivre ses études juge du caractère comparable des études antérieures conformément aux paragraphes 1 à 6.

(8) Pour ce qui est des conditions d'admission aux examens d'Etat, les capitalisations et reconnaissances prévues dans le présent Accord sont régies par le droit en vigueur dans le pays en matière d'examens.

(9) Les experts de la commission permanente peuvent s'entendre pour préciser les conditions d'application des paragraphes 4 et 5.

Article 4¹¹

Les titres délivrés par les hautes écoles ainsi que les diplômes obtenus à l'issue d'examens fédéraux seront reconnus lorsque le titulaire en fera la demande pour poursuivre des études ou en entreprendre d'autres, ou afin d'être admis en doctorat dans les établissements d'enseignement supérieur de l'autre pays, sans examen supplémentaire ni complémentaire, si et dans la mesure où le titulaire dudit titre ou diplôme serait admis à ces études complémentaires, à ces autres études ou en doctorat dans le pays de délivrance sans examen supplémentaire ni complémentaire. Le présent accord n'affecte en rien des conditions et exigences spéciales applicables aux étudiants ou diplômés de l'autre pays contractant.

¹¹ Déclaration de la commission permanente d'experts au sens de l'art. 7 du 17 juin 2009:

La commission d'experts considère que l'art. 4, 1^{er} phrase de l'Accord s'applique également sans restriction aux cycles d'études échelonnés au sens du processus de Bologne.

Cela n'exclut pas que des exigences supplémentaires soient prévues dans l'autre Etat pour le passage d'un cycle d'études au suivant, à condition qu'elles soient uniquement de nature spécifique à l'orientation et qu'elles s'appliquent indifféremment à tout candidat. Ces conditions valent également lorsque le diplôme de fin d'études ouvre la possibilité du doctorat.

Les exigences d'admission doivent être clairement définies quant à leur contenu et à leur volume en termes de crédits ECTS, et elles s'appliquent sans exception.

Article 5¹²

Le titulaire d'un titre de niveau supérieur est habilité à le porter sous la forme à laquelle les dispositions légales du pays de délivrance lui donnent droit.

Article 6

(1) Le présent accord ne s'applique qu'aux ressortissants des deux pays. Le ressortissant de l'un des deux pays se détermine selon le droit de ce pays.

(2) Le présent accord n'affecte en rien les règles relatives aux restrictions d'admission motivées par des limites de capacité applicables aux étudiants ou aux diplômés dans l'autre pays contractant.

Article 7

(1) Une commission permanente d'experts est créée pour débattre de toutes les questions que pourrait soulever le présent accord; chacun des pays contractants y nomme un maximum de six membres. La liste des membres est communiquée à l'autre pays par la voie diplomatique.

(2) La commission permanente d'experts se réunit à la demande de l'un des deux pays. Le lieu de la réunion est à chaque fois convenu par la voie diplomatique.

Article 8

Le présent accord prend effet le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les deux Parties contractantes se seront donné notification écrite par la voie diplomatique que les conditions préalables à son entrée en vigueur sont remplies.

Article 9

Le présent accord est conclu pour une période de cinq ans. Il est reconduit tacitement chaque année pour une nouvelle période d'un an, à moins qu'il ait été dénoncé six mois avant sa date d'expiration.

Fait le 20 juin 1994 à Bonn, en deux originaux en langue allemande.

Dieter Chenux-Repond

**Pour le Gouvernement de la
Confédération suisse**

Lothar Wittmann

**Pour le Gouvernement de la
République fédérale d'Allemagne**

¹² Déclaration de la commission permanente d'experts au sens de l'art. 7 du 2 avril 2004:
L'art. 5 est interprété dans le sens que le titre de niveau supérieur peut également être porté sous la forme abrégée conforme à l'usage et au droit national du pays de délivrance.

Echange de lettres du 20 juin 1994

L'Ambassadeur de Suisse

Bonn, le 20 juin 1994

Monsieur
Lothar Wittmann
Directeur
Chef de la Division de la Culture
Ministère des affaires étrangères
Bonn

Monsieur le Directeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 20 juin 1994, dont la teneur est la suivante:

«J'ai l'honneur, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, et au sujet de l'accord signé ce jour entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Confédération suisse sur la reconnaissance réciproque des équivalences dans l'enseignement supérieur, de vous proposer de compléter comme suit le texte dudit accord:

1. Le présent accord n'affecte en rien les compétences des établissements d'enseignement supérieur des parties signataires habilités à trancher sur les questions concrètes de capitalisation, de reconnaissance et d'admissibilité.
2. Les parties signataires s'entendront sur les modalités d'assujettissement à l'accord des hautes écoles spécialisées de la Confédération suisse au moment où elles seront créées, comme prévu à l'article 1, alinéa 2.
3. Les parties signataires considéreront avec une attention particulière les répercussions pratiques des alinéas 3 et 5 de l'article 3 et sont disposées à discuter au sein de la commission permanente d'experts toutes les questions qu'ils soulèveraient.

Si le Gouvernement de la Confédération suisse déclare approuver les propositions 1 à 3 ci-dessus, la présente lettre et la lettre de réponse signifiant l'accord de votre Gouvernement constitueront entre nos deux Gouvernements un arrangement complémentaire qui entrera en vigueur en même temps que l'accord et en fera partie intégrante».

J'ai l'honneur, au nom du Gouvernement de la Confédération suisse, de vous signifier notre accord avec le contenu de votre lettre.

Veillez agréer, Monsieur le Directeur, l'assurance de ma haute considération.

Dieter Chenaux-Repond